

6. Kasernenareal: Auch ein digitaler Leuchtturm für den Kanton Zürich

Dringliches Postulat Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), Peter Schick (SVP, Zürich) und Marc Bourgeois (FDP, Zürich) vom 26. August 2019

KR-Nr. KR-Nr. 259/2019, RRB-Nr. 883/25. September 2019 (Stellungnahme)

Ratspräsident Dieter Kläy: Gemäss Paragraph 24a des Kantonsratsgesetzes haben wir heute über Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden. Der Regierungsrat ist bereit, das dringliche Postulat entgegenzunehmen. Wird ein Ablehnungsantrag gestellt?

Cyrill von Planta (GLP, Zürich): Wir beantragen Diskussion.

Ratspräsident Dieter Kläy: Cyrill von Planta beantragt Nichtüberweisung.

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich): Das Kasernenareal zum Dritten – besten Dank, dass wir heute jetzt auch noch darüber sprechen können, Cyrill von Planta. Wir haben von Anfang an gesagt, was wir wollen in dieser Angelegenheit beziehungsweise was wir an der letzten Vorlage (*Vorlage 5421*) kritisiert haben. Wir, die FDP, wollen die Mitberücksichtigung von Kleingewerbe, Jungunternehmen und der Digitalszene und/oder eine Änderung der finanziellen Regelung. Wir erwarten in der neuen Regelung, dass mindestens eine von unseren Forderungen erfüllt wird, mehr nicht. In diesem Sinne haben wir am 23. September 2019 auch den dringlichen Vorstoss (*KR-Nr. 235/2019*) von SP, Grünen und GLP unterstützt. Die FDP zeigte damit, dass wir Hand bieten für Lösungen, für einen Kompromiss.

Das nun bereits überwiesene Postulat verlangt nämlich wie das unsrige unter anderem das Miteinbeziehen der Polizeikaserne und die Berücksichtigung der innovativen Start-up-Szene. Wir sind somit kompromissbereit. All jene, die heute bei unserem Postulat, welches der Regierungsrat entgegennehmen will, Nein stimmen, sind nicht kompromissbereit. Und erneut frage ich mich: Was ist das für eine Politik, wenn die letztjährige Minderheit eine Copy-Paste-Vorlage möchte, einen Copy-Paste-Vorstoss einreicht, jede Kritik der letztjährigen Mehrheit missachtet und ignoriert? Unser Vorstoss enthält in moderater Weise unsere Forderungen, deshalb ist der Regierungsrat auch bereit, ihn entgegenzunehmen. Wenn Sie dies heute ignorieren, wie gesagt, sind Sie nicht kompromissbereit.

Sie sind berauscht von Ihrem Wahlerfolg, herzliche Gratulation. Aber das Pendel könnte zurückschlagen und Ihr Verhalten könnte sich rächen. Die GLP hat aktiv versucht, die Mitteparteien heute zu einem Nein zu bewegen, leider teils erfolgreich. Ich appelliere daher an die Mitteparteien: Wenn Sie das Zünglein an der Waage sein möchten, setzen Sie bitte Ihre Macht vernünftig für eine Kompromisslösungspolitik ein.

Der Regierungsrat ist bereit, unser Postulat entgegenzunehmen. Vertrauen Sie dem grünen Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*) und lassen Sie ihn eine

neue Vorlage ausarbeiten und überweisen Sie auch unser Postulat. Wenn unser Postulat nicht überwiesen wird und somit unsere Forderungen in keiner Weise in einer neuen Vorlage berücksichtigt werden, wird die FDP ihre Haltung in dieser Angelegenheit genau überprüfen. Besten Dank.

Céline Widmer (SP, Zürich): Die SP hat bereits in der Debatte zu unserem dringlichen Postulat signalisiert, dass wir die Idee gut finden, dass die Polizeikaserne für innovative Jungfirmen genutzt werden könnte. Das steht auch so in unserem Postulat. Und dass das dann die digitale Kreativwirtschaft betrifft, liegt ja wohl auf der Hand. Für uns ist auch klar, dass solche Nutzungen gemeinwohlorientiert sein sollen, wie das im Masterplan vorgesehen ist. Das Problem ist nicht, dass wir uns einem Kompromiss verweigern, sondern im Gegenteil: Das Problem ist die direkte Verknüpfung mit dem Baurechtsvertrag zu den Zeughäusern, die die FDP mit ihrem dringlichen Postulat hier macht. Der Baurechtsvertrag war schon ein Kompromiss und Sie verknüpfen das jetzt ganz eng und ganz strikt. Das Problem ist, dass Neuverhandlungen zum Baurechtsvertrag, zu den Nutzungen und zu dieser direkten Verbindung von Zeughausareal und Polizeikaserne viel Zeit in Anspruch nehmen würden und langwierige Neuverhandlungen brauchen würden, und das können wir so in dieser Lage – ich hoffe, Sie verstehen uns – nun wirklich nicht unterstützen. Sie wissen, die Gebäude, die Zeughäuser sind in einem sehr verlotterten Zustand. Die Neuverhandlungen – wir haben es gehört – führen zu Verzögerungen und damit zu noch höheren Kosten, die dann wiederum der Kanton tragen würde. Und dafür bieten wir keine Hand.

Fazit: Die inhaltliche Stossrichtung für einen digitalen Hub in der Polizeikaserne stützen wir sehr wohl, aber eine weitere Verzögerung durch Neuverhandlungen, wie Sie das jetzt mit dem Baurechtsvertrag zu den Zeughäusern fordern, das lehnen wir ab. Deshalb unterstützen wir das Postulat nicht. Ich danke Ihnen.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich): Es ist ja klar, es werden immer mehr innovative Klein- und Kleinstunternehmen gegründet, welche sich laufend mit wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen verändern. Das wird von den Grünen ausserordentlich begrüsst, denn so werden ja Ideen, Projekte und letztlich Produkte entstehen, die uns helfen, für diese komplexen Fragestellungen, die sich in unserer Zeit stellen, auch Lösungen zu finden. Es braucht also Raum für innovative Jungunternehmen, da stehen wir ganz klar dahinter. Das ist auch im Postulat so dargelegt, dass es flexibel strukturierte Räume braucht, Räume, welche das interdisziplinäre und vernetzte Arbeiten ermöglichen. Sie haben recht, die Postulanten, das Kasernenareal und wahrscheinlich speziell die Polizeikaserne bieten sich an, einen solchen Ort mitten in Zürich zu realisieren. Dieses Vorhaben wird von den Grünen klar unterstützt und wir schliessen uns der Aufforderung an, diese Idee seriös zu prüfen.

Unser Anliegen ist bei der Regierung bereits in Arbeit. Sie wissen, das Postulat 235/2019 wurde bereits überwiesen. Das Anliegen ist also bereits überwiesen und ich weiss, dass es bereits in Arbeit ist. Das nun diskutierte Postulat können wir

leider nicht unterstützen. Es ist nicht nur die Forderung nach dem Raum für innovative Kleinfirmen im Raum, sondern es geht auch darum, dass wesentliche Punkte im bereits vorbereiteten Baurechtsvertrag wieder infrage gestellt werden. Zum Beispiel geht es darum, einen geplanten Einnahmeverzicht des Kantons wieder zu diskutieren, an weitere Bedingungen zu knüpfen, und es wird auch eine kommerzielle Nutzung des Areals wieder ins Spiel gebracht. Dass wir das nicht unterstützen können, hat nichts mit fehlender Kompromissfähigkeit zu tun. Es hätte zur Folge, dass man nochmals sehr grundsätzlich über die Bücher gehen müsste und wieder viel Zeit vergehen würde, bis man neue Nutzungen vertraglich festlegen kann. Die Bevölkerung wartet seit 40 Jahren auf eine Lösung. Die maroden Gebäude bröckeln vor sich hin und eine Sanierung wird immer teurer. Es ist nun wirklich Zeit, vorwärts zu gehen, und in diesem Sinne lehnen wir das Postulat ab.

Cyrill von Planta (GLP, Zürich): Die GLP schliesst sich im Wesentlichen den Erläuterungen von SP und Grünen an. Wir haben auch sehr viel Sympathie für das grundsätzliche Anliegen des Vorstosses, hier Start-ups im Zentrum von Zürich anzusiedeln, sind aber dennoch der Meinung, dass dieser Vorstoss so bestenfalls unnötig ist. Denn das Anliegen von Start-ups in der Polizeikaserne sind wir bereits angegangen. Und das andere ist natürlich die Umsetzung des Masterplans, die grösstenteils der Stadt Zürich obliegt. Das heisst, ein Postulat mit diesem Inhalt wäre wahrscheinlich auch besser im Gemeinderat aufgehoben gewesen. Nicht zuletzt kommen wir heute beim übernächsten Traktandum zum Richtplaneintrag der Kaserne (*Vorlage 5401a*), und dort haben wir es, soweit ich weiss, mit einem einstimmigen Beschluss der Kommission für Planung und Bau zum Masterplan zu tun. Deshalb verstehe ich nicht, weshalb man jetzt zwei Traktanden vorher indirekt noch daran herumbasteln möchte. Der Vorstoss ist schlimmstenfalls eben schädlich, das wurde auch schon gesagt. Jegliche Änderungen des Baurechtsvertrags würden einen Neustart des politischen Prozesses bedingen. Und es ist dann keinesfalls sicher, dass die Bedingungen für den Kanton besser werden würden, wenn man den Vertrag nochmals neu aufsetzen müsste.

Kurz: Bei aller Sympathie, wir erachten dieses Postulat als unnötig und potenziell schädlich. Deshalb werden es die Grünliberalen ablehnen.

Barbara Günthard Fitze (EVP, Winterthur): Über den ganzen Verlauf der Geschichte rund ums Kasernenareal sind wir ja nun alle sehr gut informiert. Wir haben das letzte dringliche Postulat überwiesen. Und da der Regierungsrat bereit ist, auch dieses dringliche Postulat zu prüfen, werden wir, damit alle Aspekte berücksichtigt werden, auch dieses Postulat überweisen.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Frau Rueff, Sie werfen uns ja vor, wir seien betrunken von Macht und würden dann schon noch abstürzen. Ich bin jetzt seit bald dreizehn Jahren in diesem Rat und ich habe zwölf Jahre lang ein Dauerbesäufnis Ihrer Seite erlebt und einen Rausch von Macht. Und dass nach zwölf Jahren Bottellón der Kater dann relativ hart ist, ist auch klar, das ist jetzt halt so. Ich kann

unsererseits nur sagen: Wir sind relativ trinkfest, wir halten das noch lange aus (*Heiterkeit*).

Nun zum Inhalt: Ich glaube, Sie werfen schon alles ein bisschen zu hoch. Es wurde gesagt und ist auch klar: Diese Geschichte mit den Zeughäusern ist jetzt auf relativ gutem Weg, und ich bin überzeugt, dass man da eine gute Lösung findet. Sich jetzt noch mit 150'000 zusätzlichen Postulätli profilieren zu wollen, ist, glaube ich, nicht sehr zielführend. Abgesehen davon – das haben wir jetzt gehört – ist dieses Postulat wirklich nicht sehr tauglich. Die AL wird es deshalb ablehnen.

Josef Widler (CVP, Zürich): Ja, es ist dringend, dass es vorwärts geht auf dem Zeughausareal. Wir haben deshalb die Unterlagen gut studiert und haben vor allem die Antwort des Regierungsrates studiert. Und ich komme nicht umhin festzustellen, dass der Regierungsrat die Argumente bringt – eines nach dem andern, vor allem eines –, weshalb man das Postulat eben nicht annehmen sollte, und kommt dann aber doch zum Schluss, es entgegenzunehmen. Es kommt mir vor wie in einer alten Train-Kompanie: Vorne haut einer auf die Pferde ein und hinten sind die Wägeli-Bremser. Das Postulat hat ganz klar den Wägeli-Bremser-Charakter, durch die Auflage mit der Kaserne, die Verknüpfung, die Infragestellung des Baurechtsvertrags. Weshalb kommt jetzt der Freisinn dazu, ein solches Postulat zu bringen? Sie haben mit doch etwas schwachen Argumenten vergessen, die Anliegen der Stadt Zürich einzubringen und zu berücksichtigen, als es um die Vorlage ging. Und jetzt kommen Sie mit einem Leuchtturm – ein kleines Häuschen mit einigen kleinen Unternehmen, die man dort hineintun sollte –, und dann ist plötzlich alles gut.

Also wir glauben, dass das dringliche Postulat den Prozess verlangsamen würde. Deshalb wird die Fraktion der CVP diesen Vorstoss nicht unterstützen.

Peter Schick (SVP, Zürich): Meine Vorrednerin Sonja Rueff von der FDP hat eigentlich über das Postulat schon sehr vieles gesagt, und dies auch richtig. Jetzt habe ich mir einmal von den anderen Parteien die verschiedenen Voten angehört und muss zum Teil nur den Kopf schütteln. Wenn alle die Antwort des Regierungsrates gelesen hätten oder haben, wüssten sie: Er sagt, er sei bereit, dies zu prüfen und allenfalls in den Vorstoss, das Postulat Nummer 235/2019, zu integrieren. Das haben wahrscheinlich viele übersehen. Und der Regierungsrat ist deshalb auch bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Auf dem Kasernenareal muss ja einmal etwas passieren, darin sind sich wahrscheinlich alle Parteien einig. Es ist ein sogenanntes Filetstück in der Stadt Zürich, ganz nah beim Hauptbahnhof, das heisst verkehrstechnisch bestens erschlossen. Wo gibt es das noch? Es ist zu Fuss, mit dem Velo, mit dem ÖV oder mit dem Auto sehr gut erreichbar und somit für gewerbliche Klein- und Kleinstunternehmen sowie für einen Digitalhub wie gemacht. Was will man noch mehr? Das Kasernenareal könnte als Vorläufer für den geplanten Innovationspark auf dem Flugplatzareal in Dübendorf dienen. Für einige der sogenannten Start-up-Firmen könnte es dort zu teuer sein. Wieso nicht in der Stadt? Jetzt soll der Regierungsrat – jetzt wird das Postulat wahrscheinlich abgelehnt, aber ich hoffe, dass es trotzdem noch überwiesen wird – das Postulat

entgegennehmen und zusammen mit dem Postulat 235/2019, Umsetzung des Masterplans Kasernenareal – das hat die SVP abgelehnt – einen neuen Vorschlag bringen, der mehrheitsfähig sein könnte oder sein wird. Man kann gespannt sein, wie dieser aussehen wird. Gewisse Bestandteile – sie sind schon erwähnt worden – sind bekannt, aber auf die Verpackung und wie er es dann schliesslich verkauft, darauf wird es ankommen.

Darum überweisen Sie das Postulat dem Regierungsrat, damit er das in die andere Vorlage, die er dann bringen wird, hineinpacken kann und es vorwärts geht mit dem Kasernenareal.

Regierungsrat Martin Neukom: Ich habe das bereits bei der letzten Debatte über das letzte Postulat betreffend Kasernenareal angekündigt: Der Regierungsrat ist bereit, dieses zweite Postulat von FDP und SVP entgegenzunehmen. Wir sind bereit zu prüfen, ob wir in der Polizeikaserne Start-ups ansiedeln können. Ich habe jetzt in diesem Rat auch keinen Widerspruch gehört in diesem Bereich, ich habe keinen Widerspruch gehört gegen die Prüfung der Ansiedlung von Start-ups in der Polizeikaserne. So wie ich es verstanden haben, wollen diejenigen, die sich ablehnend äussern, primär keine Veränderung am Baurechtsvertrag, weil das die ganze Sache natürlich massiv verzögern würde. Diese Haltung teile ich. Ich sehe aber trotzdem diesen Teil des Postulates als sehr prüfenswert an.

Peter Schick, Sie haben gesagt, Sie wollten das mit dem Innovationspark vergleichen. Ich glaube, wir backen hier mitten in der Stadt Zürich ein bisschen kleinere Brötchen als beim Innovationspark, aber vielleicht geht es in eine ähnliche Richtung, wer weiss. Was mir noch wichtig ist zu sagen: Ich plane keine direkte Verknüpfung der beiden Geschäfte Zeughaus-Areal und Polizeikaserne, schlicht aus zeitlichen Gründen. Es wurde heute ja auch nochmals wiederholt: Die Zeughäuser sind in einem sehr schlechten Zustand. Wir wenden Geld auf, nur um sie in diesem schlechten Zustand zu halten. Daher ist es wichtig, dass wir da möglichst zügig vorwärtsmachen. Parallel dazu prüfen wir bei der Polizeikaserne, was man dort machen kann. Wie gesagt, eine Möglichkeit ist es, diese für Start-ups zu verwenden. Nur um das hier auch noch einmal gesagt zu haben: Auch die Polizeikaserne muss natürlich saniert werden, auch das wird nicht kostenlos sein.

Heute werden Sie hoffentlich den Richtplan beschliessen. Wir haben die Teilrevision 2016, die heute auf der Traktandenliste steht, und ein Teil davon ist der Masterplan Kasernenareal, zu dem es nur einen kleinen Minderheitsantrag gibt. Es wurde teilweise schon verwechselt, ich möchte es hier nur nochmals klarstellen: Die Polizeikaserne ist Teil dieses Masterplans und der ist auch Teil des Richtplans. Nur, es ist keine konkrete Nutzung in diesem Bereich vorgesehen. Sie erinnern sich: Damals, als dieser Richtplan veröffentlicht wurde, war noch nicht klar, was mit der Polizeikaserne passiert respektive man hatte noch die Absicht, dass die Polizei drinbleibt. Es war dann die PI (KR-Nr. 335/2014) von Thomas Vogel, die diesen Weg freigemacht hat, dass die Polizeikaserne jetzt auch wirklich frei wird und wir über eine Nutzung diskutieren können. Das war zum Zeitpunkt, als die Richtplan-Teilrevision 2016 veröffentlicht wurde, noch nicht fix.

In diesem Rahmen sind wir, wie gesagt, bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen. Nachdem wir den Richtplan-Eintrag von heute haben, ist dann alles bereit, und das ist die Basis für die weitere Umsetzung. Ich danke Ihnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 92 : 81 Stimmen (bei 1 Enthaltung), das dringliche Postulat KR-Nr. 259/2019 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.